

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Cornelia Möhring,
Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/5477 –

Agrarförderung in Deutschland und Europa geschlechtergerecht gestalten

A. Problem

Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. bestehen sehr große Handlungsdefizite in Bezug auf die Lebensbedingungen von Frauen in Dörfern und Kleinstädten. Nach wie vor verlassen nach Darstellung der Antragsteller vor allem junge Frauen die ländlichen Räume und wandern in städtische Siedlungsräume ab. Dieser Abwanderungsprozess von Frauen ist laut der Fraktion DIE LINKE. zu einem der Schlüsselfaktoren geworden, die über die Zukunftsfähigkeit der Dörfer und kleinen Städte entscheiden. Daher muss nach Ansicht der Antragsteller die Politik für die ländlichen Räume in Deutschland und Europa den Fokus auf die gezielte Verbesserung der Lebensverhältnisse für Frauen legen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/5477 soll die Bundesregierung insbesondere dazu aufgefordert werden, in der Politik für ländliche Räume und in der Agrarpolitik Artikel 14 des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) umzusetzen und seine politischen Ziele in der Ressortpolitik konsequent zu berücksichtigen, bei der Erarbeitung und Nutzung von Förderprogrammen der ländlichen Räume eine substantielle Gleichstellung zwischen Frauen und Männern zu verankern sowie einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Regelungen gegen die Lohndiskriminierung von Frauen in ländlichen Räumen enthält.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/5477.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/5477 abzulehnen.

Berlin, den 25. Mai 2011

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldmann
Vorsitzender

Christoph Poland
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Cornelia Behm
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Christoph Poland, Dr. Wilhelm Priesmeier, Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Kirsten Tackmann und Cornelia Behm

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/5477** in seiner 106. Sitzung am 15. April 2011 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. bestehen sehr große Handlungsdefizite in Bezug auf die Lebensbedingungen von Frauen in Dörfern und Kleinstädten. Nach wie vor verlassen nach Darstellung der Antragsteller vor allem junge Frauen die ländlichen Räume und wandern in städtische Siedlungsräume ab. Als Ursachen werden fehlende Einkommens- und Ausbildungsperspektiven, die Verschlechterung der öffentlichen Infrastruktur – beispielsweise in Bezug auf Mobilität, Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Kultur – sowie die Lohndiskriminierung von Frauen genannt.

Laut der Fraktion DIE LINKE. ist eine aktive Gleichstellungspolitik für Frauen auch in den ländlichen Räumen keine Frage der Gewährung von Zugeständnissen, sondern die Umsetzung eines Rechtsanspruches. So haben die Vereinten Nationen am 18. Dezember 1979 ein Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) beschlossen, das in der Bundesrepublik Deutschland am 9. August 1985 in Kraft getreten ist. Ferner regelt Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes die Gleichberechtigung von Mann und Frau und enthält die Verpflichtung des Staates, dieses Grundrecht durchzusetzen.

Die Abwanderung von Frauen in den ländlichen Regionen ist laut den Antragstellern zu einem der Schlüsselfaktoren geworden, die über die Zukunftsfähigkeit der Dörfer und Kleinstädte entscheiden. So befürchten die Antragsteller eine weitere Verschlechterung der sozialen Infrastruktur ländlicher Gebiete, den Verlust ihrer Attraktivität und des sozialen Zusammenhalts. Auch im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der Europäischen Union, deren Förderperiode nach 2013 derzeit diskutiert wird, ist laut Antragsteller das Thema der Geschlechtergerechtigkeit bisher nur unzureichend berücksichtigt worden.

Vor diesem Hintergrund muss nach Meinung der Antragsteller die Politik für die ländlichen Räume den Fokus auf die gezielte Verbesserung der Lebensverhältnisse der Frauen legen. Dabei geht es nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. nicht darum, junge Menschen an der Abwanderung zu hindern und ihnen damit die Möglichkeit einer Horizontenerweiterung zu nehmen, sondern ihnen in den ländlichen Räumen eine Perspektive zum Bleiben oder Zurückkehren zu eröffnen. Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. sind eine Vielzahl unterschiedlicher Ansatzpunkte und verschiedener Maßnahmen notwendig, um mehr Geschlechtergerechtigkeit in dem für die ländlichen Räume wesentlichen Bereich der Agrarpolitik zu erreichen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/5477 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

- in der Politik für ländliche Räume und der Agrarpolitik Artikel 14 des CEDAW-Abkommens umzusetzen und seine politischen Ziele in der Ressortpolitik konsequent zu berücksichtigen;
- zu beachten, dass im Rahmen der Erarbeitung und der Nutzung von Förderprogrammen der ländlichen Räume eine substantielle Gleichstellung zwischen Frauen und Männern im Sinne des Artikels 8 der Verordnung über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) verankert wird und dabei über eine rein formelle Gleichbehandlung der Geschlechter hinauszuwirken;
- dem Deutschen Bundestag in Vorbereitung auf die Diskussion des Mitte 2012 zu erwartenden Legislativvorschlags zur nächsten EU-Förderperiode einen Bericht „Zum Stand der Gleichstellung in den ländlichen Räumen“ bis Ende 2011 vorzulegen;
- auf der Grundlage des geforderten Berichtes „Zum Stand der Gleichstellung in den ländlichen Räumen“ ein Aktionsprogramm zu erarbeiten und dem Deutschen Bundestag vorzulegen, wie die Instrumente der Agrarförderung genutzt werden können, um die Perspektiven für Frauen in ländlichen Räumen nachhaltig zu verbessern;
- das Thema Geschlechtergerechtigkeit in die Debatte zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 einzubringen, insbesondere in die Gestaltung der Förderprogramme für ländliche Räume (ELER-Fonds), mit dem Ziel, Frauen aktiver in die Programmatik und die Umsetzungsstrategien des Fonds einzubeziehen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 40. Sitzung am 25. Mai 2011 den Antrag auf Drucksache 17/5477 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 39. Sitzung am 25. Mai 2011 den Antrag auf Drucksache 17/5477 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat den Antrag auf Drucksache 17/5477 in seiner 40. Sitzung am 25. Mai 2011 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, man nehme das Thema Geschlechtergerechtigkeit sehr ernst und setze auf

eine Förderung von Frauen in allen Politikbereichen. Die im Antrag festgestellte Landflucht von Frauen sei allerdings keine neue Erscheinung, sondern ein schon seit Jahrzehnten andauernder Prozess. So strebten Frauen mit ihren besseren Bildungsabschlüssen gerade vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Veränderungen vom Land in die Städte. Diejenigen Frauen aber, die einen ländlichen Beruf ergriffen, hätten durchaus gute Chancen, in Führungspositionen von landwirtschaftlichen Betrieben zu gelangen. Hierfür gebe es zunehmend viele positive Beispiele. Das gelte auch für das Verbands- und Vereinswesen. Durch ihr unternehmerisches Engagement leisteten Frauen in ländlichen Regionen einen wesentlichen Beitrag zum Familieneinkommen, zur Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe und zur regionalen Wirtschaftskraft. Das gelte im besonderen Maße für den ländlichen Tourismus, die Direktvermarktung, den Dienstleistungsbereich und andere unternehmerische Initiativen. Auf nationaler Ebene sei im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes ausdrücklich festgelegt worden, dass unter Berücksichtigung der maßnahmespezifischen Zuwendungsvoraussetzungen die Fördermaßnahmen Männern und Frauen gleichermaßen offen stünden. Auf europäischer Ebene habe das Europäische Parlament erst kürzlich mit großer Mehrheit eine Entschließung zur Rolle der Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum angenommen. Die von der Fraktion DIE LINKE. geforderte Einföhrung eines flächendeckenden Mindestlohnes vernichte Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen und ländlichen Bereich. Die Fraktion der CDU/CSU lehne den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/5477 ab.

Die **Fraktion der SPD** trug vor, dass die Rolle der Frauen in den ländlichen Räumen gestärkt werden müsse. Moderne Politik für Frauen im ländlichen Raum bedürfe auch des Einsatzes von Mitteln aus dem Agrarhaushalt. Das Phänomen der Abwanderung junger Frauen aus den ländlichen Räumen korreliere mit der Höhe der Bildungsabschlüsse. So erreichten Frauen erheblich höhere Bildungsabschlüsse als Männer: Der Anteil der weiblichen Hochschulzugangsberechtigten im Alter von 18 bis 30 Jahren liege danach bei fast 60 Prozent. Umgekehrt betrage der Anteil der Männer in der Gruppe der Hauptschulabsolventen und Schulabgänger ohne Abschluss fast 60 Prozent. Dies habe zur Folge, dass erheblich mehr Frauen bei der Suche nach adäquaten Beschäftigungsverhältnissen aus den ländlichen Regionen abwanderten, da ihnen anderenorts berufliche Perspektiven eingeräumt würden, die sie auf dem Lande nicht hätten. Die Abwanderung von Frauen aus den ländlichen Räumen sei ein Teilaspekt der demographischen Entwicklung und der Probleme von ländlichen Räumen insgesamt. Sie müssten im Rahmen einer Gesamtstrategie für den ländlichen Raum aufgearbeitet werden. Notwendig sei eine Neuausrichtung der Förderpolitik für die ländlichen Räume im Rahmen der Zweiten Säule der GAP. Letztere dürfe nicht so agrarlastig wie bisher strukturiert sein. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung habe bereits im Jahr 2007 kritisiert, dass Deutschland keine tragende Strategie für den ländlichen Raum habe, sondern nur Teilstrategien der einzelnen Bundesländer vorlägen. Die Fraktion der SPD werde sich bei der Abstimmung über den Antrag enthalten, da sie nicht alle Forderungen des Antrages der Fraktion DIE LINKE. teile.

Die **Fraktion der FDP** äußerte, dass man über die Gesetzgebung eine rechtliche Gleichstellung von Frauen formal erreicht habe. Dennoch seien Frauen in der gesellschaftlichen Realität, auch wenn sie mittlerweile zum Beispiel höchste Regierungsämter inne hätten, weiterhin deutlich benachteiligt. Dieses bestehende gesellschaftliche Defizit über eine Änderung der Agrarförderung zu beheben, halte man jedoch für den falschen Weg. Die Aussage des Antrages der Fraktion DIE LINKE., die bisherige Agrarförderung und die Agrarpolitik seien derzeit geschlechterungerecht, träfe nicht zu. Beide seien geschlechterneutral und müssten es auch bleiben. Es sei zu Recht darauf hingewiesen worden, dass Frauen im Bereich der Bildungssysteme deutlich erfolgreicher seien als Männer und darin auch eine Ursache für deren Abwanderung aus dem ländlichen Raum liege. Die Fraktion der FDP sei allerdings nicht der Auffassung, dass man über politische Instrumente etwas an dem bestehenden gesellschaftlichen Ungleichgewicht ändern könne. Man widerspreche auch der Forderung der Fraktion DIE LINKE., nach der Deutschland eine einheitliche Strategie für den ländlichen Raum benötige. Weil die ländlichen Räume in der Realität unterschiedlich seien, sei es richtig, dass die Bundesländer unterschiedliche Strategien entwickelten. Überall dort, wo die Dienstleistungsfunktion des ländlichen Raums stärker herausgebildet werde, bedeute dies auch, dass für Frauen ein Mehr an Gestaltung gegeben sei. Man halte den Antrag für kein erfolgversprechendes Instrument für eine Verbesserung der Gleichstellung von Frauen im ländlichen Raum. Daher werde die Fraktion der FDP den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, die Abwanderung von jungen Frauen aus den ländlichen Räumen trage zu einer deutlichen – auch sozialen – Destabilisierung der ländlichen Regionen bei. Daher sei es notwendig, die europäische Agrarförderung für die zukünftige Förderphase nach 2013 auf dieses Problem hin auszurichten. Es müsse hierbei analysiert werden, wie man mit Hilfe der Förderpolitik mehr Geschlechtergerechtigkeit im ländlichen Raum erreichen könne. Für ihre Forderungen erhalte die Fraktion DIE LINKE. nach eigener Aussage auch Unterstützung von Verbandsvertreterinnen von Frauen in den ländlichen Regionen. Die Fraktion DIE LINKE. fordere unter anderem eine genauere Berichtspflicht der Bundesregierung zu der Frage nach der sozialen Situation von Frauen in den ländlichen Räumen. Dies könne durchaus im periodisch erscheinenden Agrarbericht der Bundesregierung stärker fokussiert werden. Darüber hinaus wolle man auch die informelle und strukturelle Einbindung von Frauen fördern und verstärken. Beispielsweise sollten in den so genannten LEADER-Gruppen vor Ort Frauenbeiräte organisiert und damit Frauen direkt in die Entscheidungsfindung sowie in die Programmentwicklung und -gestaltung eingebunden werden. Spezifische Bedürfnisse und Interessen von Frauen sollten dabei stärker berücksichtigt werden. Man weise zudem darauf hin, dass in Deutschland – insbesondere in Ostdeutschland und im Ökolandbau – knapp zehn Prozent der Landwirtschaftsbetriebe von Frauen geleitet würden. Damit sei Deutschland neben den Niederlanden in der EU absolutes Schlusslicht. Hier würden Potenziale verschenkt sowie Möglichkeiten, die zur Problemlösung in den ländlichen Räumen beitragen könnten, vertan.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, dass man sehr viel Sympathie für das Thema Geschlechtergerechte Agrarpolitik habe. Man müsse aber feststellen, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE. nicht wirklich zur Problemlösung beitrage. Im Wesentlichen beziehe sich der Antrag nur auf reine Agrarfragen im Landwirtschaftsbereich und Förderprogramme. Er konzentriere sich aber nicht darauf, wie man die Ursachen der Chancenungleichheit für Frauen in den ländlichen Räume beseitigen könne. Letztere würden einfach mit der Landwirtschaft gleichgesetzt. Nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lasse sich die Situation der Frauen auf dem Land vor allem dadurch verbessern, dass die Politik die Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze auf dem Land – insbesondere im wertschöpfenden Produktions- und Dienstleistungssektor – schaffe. Hierzu gehöre die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine regionale Kreislaufwirtschaft und die Stärkung der ökologischen und bäuerlichen Landwirtschaft. Erforderlich seien auch gute Löhne, die sich an der Leistung und an der Qualifikation orientierten, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen familienfreundlicher Infrastrukturen. Kritisch würden die bestehenden gesetzlichen Regelungen bei der so genannten Hofabgabeklausel gesehen, die zu einer Benachteiligung von Frauen führten. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde den Antrag der Fraktion DIE LINKE. ablehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den Antrag auf Drucksache 17/5477 abzulehnen.

Berlin, den 25. Mai 2011

Christoph Poland
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Cornelia Behm
Berichterstatterin

